

Die Sackgasse der kleuropäischen Integration

Wenn es noch etwas brauchte, um die Unfähigkeit zu grundsätzlichem Denken und weit-sichtigem Handeln bei den „führenden Staatsmännern“ unserer Zeit zu enthüllen, dann hat es die bisherige Geschichte der europäischen Integrationsbewegung getan.

Nach dem zweiten Weltkrieg waren die Amerikaner die „besten Europäer“. Auf ihren sehr verständlichen Wunsch, ein auf breiteren wirtschaftlichen Grundlagen ruhendes, politisch stabiles und militärisch starkes Bollwerk gegen den Kommunismus in Europa zu bauen, ist das erneute Aufflackern des Integrationsgedankens zurückzuführen (auch das Wort ist ja dem amerikanischen Sprachgebrauch entnommen). Genährt wurde die Bewegung ferner durch die Angst vieler Europäer vor den Folgen ihrer kollektiven Selbstmordversuche: die Übermacht der Riesen des Westens und des Ostens und die Emanzipation der bisher von Europa abhängigen Völker Asiens und Afrikas. Hierzu kam das Bestreben Deutschlands, sich als tüchtiges Mitglied der europäischen Familie zu rehabilitieren — und, wer weiß, als tüchtigstes Mitglied dieser Familie auf friedlichem Wege jene Vormachtstellung zu erreichen, die ihm durch Gewalt unerreichbar blieb? —, sowie die Hoffnung Frankreichs, die allzu aktiven Deutschen durch die Bindungen der Mitgliedschaft unter Kontrolle halten zu können.

Was ist das Ziel?

Man sieht: zahlreiche, verschiedenartige und teilweise widersprüchliche Motive haben hier mitgewirkt. Und hierauf sind sicherlich einige der enttäuschenden Ergebnisse zurückzuführen. In den meisten Diskussionen und Verhandlungen ist das eigentliche Ziel unklar und uneinheitlich geblieben: Ist es die Schaffung einer kooperativen Friedensordnung, gegründet auf gemeinsamen gesellschaftspolitischen Überzeugungen und größtmöglicher Arbeitsteilung zum Wohle und unter Teilnahme möglichst vieler Völker, und betrachtet man die Integration der Sechs als einen ersten Schritt auf diesem Wege, dem möglichst bald weitere Schritte zur Ausweitung dieser Kerngruppe folgen sollen? Oder ist das Ziel die Schaffung eines beschränkten Blockes geographisch benachbarter Länder, mit einem möglichst autarken Wirtschaftsgebiet, das zwar über die einzelnen nationalen Zollgebiete hinausreicht, sich aber von der Außenwelt durch eine gemeinsame Handels-, Währungs-, Finanz- und Sozialpolitik absetzen und abschirmen soll?

Im ersten Falle hätten wir es mit einem Ansatz zu *übernationaler* (wenngleich die Nationen in gewissen Grenzen bewahrender) Integration zu tun, im zweiten Falle mit einem Versuch zu *hypernationaler* Integration. Im ersten Falle würde man nach der Überwindung der immer noch vorherrschenden einseitig nationalen Gefühls-, Denk- und Verhaltensweisen zugunsten gesamt-menschheitlicher Interessen streben. Im zweiten Falle würde man überlieferte nationale Begriffe und Gewohnheiten auf eine räumlich größere Einheit übertragen, die jedoch nach wie vor eine kleine Minderheit der Menschheit umfassen und bestrebt sein würde, wirtschaftlichen Wohlstand für sich — als unterscheidbar von demjenigen der Außenwelt, und oft unvereinbar mit diesem — zu schaffen.

In der Sackgasse

Wie gesagt, unter den Befürwortern der europäischen Integration gibt es Anhänger beider Konzeptionen. Die erste wird beispielsweise durch den deutschen Bundeswirtschaftsminister *Erhard*, die zweite durch die verschiedenen französischen Regierungen vertreten. Die bisherige Erfahrung, insbesondere das Scheitern des Planes der Freihandelszone, hat jedoch eindeutig gezeigt, daß die Anhänger der zweiten, „geschlossenen“ Konzeption den Kurs setzen. Und deshalb wird es täglich offenkundiger, daß die Bewegung sich in eine Sackgasse verläuft. Warum?

1. Sie kommt zu spät. Unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg hätte ein Zusammenschluß Europas noch den Durchbruch zur Befriedung der Erde bedeuten können. Heute ist die Rolle Europas auch im günstigsten Falle — selbst wenn alle seine Völker an der Integration teilnehmen könnten und wollten — zuwenig entscheidend: Unsere grundlegenden Probleme sind weltweit geworden, ihr Schwergewicht verlagert sich immer rascher nach andern Erdteilen, die nunmehr unserem direkten Einfluß entzogen sind.

2. Sie ist zu beschränkt. Das Prestige des Namens Europa wird hier für eine kleine Minderheitsgruppe in Anspruch genommen (und nicht selten mißbraucht), welche bei weitem nicht einmal alle Länder unseres Kontinents westlich des Eisernen Vorhangs umfaßt und die schwer um die Bewahrung ihres europäischen Charakters ringenden Völker Ost- und Südosteuropas völlig außer acht läßt.

3. Sie arbeitet mit falschen Mitteln. Sie bemüht sich, eine geschlossene, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch „gleichgeschaltete“ und zentralistisch verwaltete Gesellschaft zu errichten, anstatt einer offenen, vielfältigen und dezentralisierten. Die Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung, des Austausches von Waren, Gütern, Arbeitskräften und Kapitalien wird sich, selbst im Falle der völligen Durchführung des Programmes der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“, auf den durch die sechs Länder (nebst ihren überseeischen Dependenz) gebildeten „Gemeinsamen Markt“ beschränken. Zwischen diesem und der übrigen Welt aber wird dieser Austausch erschwert werden. Das kurzfristige — weil lineare und kleinräumige — Denken und Handeln, das sich an dem Wunsch wirtschaftlicher Interessentengruppen nach Abschirmung von den unangenehmen Folgen der Dynamik unserer Zeit orientiert, wird hier, paradoxerweise, einen größeren — und deshalb für die Verwirklichung der wirtschaftlichen Vernunft noch gefährlicheren — Betätigungsraum finden. Der Wust von Schutz- und Förderungsforderungen, der heute alle nationalen Regierungen überschwemmt, wird sich in Zukunft auch an die zahlreichen, komplexen und schwerfälligen politischen und administrativen Organe der „Gemeinschaft“ (übrigens auch ein euphemistischer und unzutreffender Begriff) richten. Diese werden immense Verantwortungen übernehmen müssen und der Gefahr ausgesetzt sein, zu Objekten mannigfacher politischer Beeinflussung und zu bürokratischen Machtzentren mit Eigeninteressen zu werden. Schon jetzt machen sich Symptome hierfür bemerkbar.

Der einfachere, aber gefährliche Weg

Es ist klar, warum viele Europäer bereit sind, diesen Weg zu beschreiten: er ist der leichtere, denn er verlangt zwar eine räumliche Ausweitung, aber keinerlei grundsätzliche Änderung der bisher vorherrschenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Denk- und Verhaltensschemen. Man setzt auf die bisher oberste Hegungsinstanz — den Nationalstaat — eine weitere, von der man die Errichtung eines umfassenden Systems des quasi-europäischen Solidarschutzes erwartet. Diejenigen Produzentengruppen jedes teilnehmenden Landes, die sich durch Konkurrenz von „außen“ bedroht fühlen, beanspruchen nun Schutz im Gesamtgebiet des Gemeinsamen Marktes und werden ihn durch den einheitlichen Zolltarif voraussichtlich auch in hohem Maße erhalten.

Man macht es sich also relativ leicht — aber man wird auch wenig dafür erhalten. Jedenfalls keine Stärkung Europas. Man bedroht selbst das frei gebliebene Restgebiet West- und Mitteleuropas mit Spaltung; man gefährdet die Handelsbeziehungen mit den unabhängigen, auf Rohstoff exporte angewiesenen Ländern der anderen Kontinente (gegen die man nun diskriminiert) und drängt diese in ähnliche, vielleicht noch bedenklichere regionale Blockbildungen, die das Auseinanderbrechen der Weltwirtschaft vollenden würden; man spielt (natürlich ungewollt) den kommunistischen Ländern in die Hände, indem man die ohnehin durch wirtschaftliche und soziale Unstabilität bedrohten „Entwicklungsländer“ zur Intensivierung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen mit diesen nötigt; und all dies wird sehr viel eher zur weiteren Schwächung als zur Stärkung Europas beitragen.

Die zeitgemäßere Lösung

Ist es nicht Zeit, daß wir demgegenüber das andere Ziel der Integration und den Weg zu ihr zu weisen versuchten, indem wir resolut die Folgerungen aus der neuen Phase der menschheitlichen Entwicklung ziehen, an deren Beginn das Schicksal uns gestellt hat? Wir leben heute, ob wir es wollen — oder auch nur verstehen — oder nicht, in *weltweiter* gegenseitiger Abhängigkeit. Nicht nur die Nationalstaaten, sondern auch die Kontinente sind zu eng geworden, um uns Wohlstand, ja auch nur elementaren Schutz für Leib und Gut zu gewähren. Nur gemeinsam werden die Völker von jetzt an überleben und sich geistig und materiell entfalten können, nur miteinander, nicht gegen- oder auch nur nebeneinander. Zum erstenmal in der menschlichen Erfahrung ist dies keine „utopische“ Forderung von Sehern und „Idealisten“, sondern eine realistische — sogar die einzig realistische — Erkenntnis eines lebenswichtigen Tatbestandes. Ihm gegenüber ist es vergeblich, neue Teileinheiten mit ihren eigenen, mit aufgeklärtem Selbstinteresse unvereinbaren Kollektiv-egoismen konstruieren zu wollen, die im Falle des Gelingens zusätzliche Hindernisse auf dem Wege zum echten Ziel darstellen würden. Sondern man muß den Mut aufbringen, den Weg zum einzigen heute noch lohnenden Ziel zu suchen: zum Aufbau einer „offenen“ *Föderation* von Völkern, die auf Freiwilligkeit, Gleichberechtigung und Vielfalt beruht — unter der Voraussetzung der Übereinstimmung in bezug auf die *grundlegenden* Ziele und Mittel der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik.

Man wende nicht ein, daß gerade diese Voraussetzung eben fehle. Sie fehlt ebenso im Schoße der kleineuropäischen Integration, nur daß man dort, wie so häufig in unserer Zeit, die mangelnde gemeinsame Gesinnung durch verschwenderischen Aufwand an Institutionen zu ersetzen oder doch zu verdecken sucht und damit die gleiche Sterilität hervorruft, die wir im weltpolitischen Bereich seit langem nur zu gut kennen. Deshalb wird die EWG voraussichtlich vor Erreichung des Gemeinsamen Marktes im Stadium eines Zollpräferenzsystems steckenbleiben.

Auch die gegenwärtige Krise der Montanunion, beispielsweise, zeigt ja ganz klar den Mangel einer einheitlichen Einstellung der beteiligten — und nach wie vor ausschlaggebenden — nationalen Regierungen zu der in einigen Mitgliedsländern akuten Problematik der Kohlenwirtschaft, und zwar in doppelter Hinsicht: Erstens, weil man sich noch immer nicht zu einer *übernationalen* Einstellung durchgerungen hat, aus der heraus man das Problem als ein *gemeinsames* empfinden und anpacken könnte — auch wenn es einigen Mitgliedsländern nicht auf der Haut brennt — und zweitens, weil keinerlei Einigkeit über die grundsätzliche Art der anzustrebenden wirtschaftspolitischen Lösung — marktwirtschaftlich oder dirigistisch — besteht.

Es ist kaum nötig, auf den tragikomischen Atavismus der nationalzentrierten Haltungen hinzuweisen, der sich auch in den zahlreichen Konflikten zwischen Mitgliedstaaten europäischer Organisationen ausdrückt und die Wirksamkeit dieser Organisationen in Frage stellt: die „ewige Krankheit“ der sich unterdrückt fühlenden kulturellen Minderheiten in Südtirol und anderswo, der Fischereikrieg zwischen Großbritannien und Irland, der Disput zwischen Großbritannien und den Niederlanden um das „Problem“, ob die holländische Fluggesellschaft ein- oder zweimal wöchentlich in Singapore landen darf, der noch immer nicht beigelegte Streit um die „europäische Hauptstadt“ . . .

Anstatt äußerlich eindrucksvolle organisatorische Gebäude auf Sand zu errichten, müssen wir darangehen, dem latenten Begeisterungsbedürfnis so vieler unserer Zeitgenossen lohnende Ziele zu weisen und so das unentbehrliche Fundament in *Gesinnungen* zu legen, die, einmal geweckt und genährt, keinen erdrückenden bürokratischen Apparat zu ihrer praktischen Auswirkung benötigen würden.

Ist es nicht an der Zeit, daß sich in den „anderen sechs“ Ländern, die aus der sogenannten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausgeschlossen sind, Initiative in diesem Sinne

regte und daß man hier „aus der Not eine Tugend“ machte? Nicht durch Nachahmung der Kleineuropa-„Lösung“, die in eine Sackgasse führt, sondern durch die Bildung einer Gruppe von Völkern, die bereit sind, freiheitlichen Grundsätzen ihrer Wirtschaftspolitik zur Verwirklichung zu verhelfen, als Voraussetzung für den allmählichen, jedoch systematischen Abbau der Schranken, die ihnen gegenwärtig die Vorteile der weltweiten Arbeitsteilung vorenthalten.

Man würde also über die bisherigen Methoden des GATT hinausgehen — ohne daß deshalb dieses nützliche handelspolitische Liberalisierungsinstrument aufgegeben werden müßte. Allerdings müßte man endlich begreifen, daß es mit Verhandlungen über Zollsätze und Kontingente nicht getan ist, sondern daß es gilt, sich durch geduldige Aussprachen, durch gegenseitiges Lehren und Lernen der vernachlässigten *Strategie der Zusammenarbeit* zu überzeugen, daß man wichtigere gemeinsame als gegensätzliche Interessen hat und daß es möglich ist, langfristige gemeinsame gesellschafts- und wirtschaftspolitische Aktionspläne auszuarbeiten und durchzuführen, innerhalb derer die handelspolitische Annäherung einen Teilaspekt — und durchaus nicht den wichtigsten — bildet.

Wo die teilnehmenden Länder liegen, wäre im Zeitalter immer wirksamerer Kommunikation und Transportmittel nebensächlich — trotz der Faszination, die der „geopolitische“ Mythos immer noch auf viele ausübt. Der Hauptwert dieses Verfahrens wäre gerade, daß es von vornherein über die Beschränkungen einer Region, eines Kulturkreises und einer wirtschaftlichen Entwicklungsstufe hinauszielen würde. Womit natürlich die sehr wünschenswerte Pflege des Traditions- und kulturellen Solidaritätsbewußtseins der Europäer — ohne Zentralitäts- und Differenzaffekte gegenüber anderen Kulturen und Rassen — durchaus vereinbar wäre.

Daß diese „Integration“ vorerst nur wenige Länder umfassen würde, ist kein gewichtiges Gegenargument, da wir es mit einem Kern von Ländern zu tun hätten, denen es um Expansion zu tun wäre — jedoch, wohlgemerkt, um *friedliche* Expansion, durch freiwilligen Beitritt immer zahlreicherer Völker, die sich von der Überlegenheit dieser offenen Integrationsmethode überzeugt hätten.

Die Zeit drängt

Vielleicht die wichtigste Aufgabe unserer Zeit ist die Suche nach einem neuen Einheitsprinzip für die Weltwirtschaft, welches als gemeinsame Orientierung für materiell mehr und weniger entwickelte Völker dienen und so eine langfristige Zusammenarbeit zwischen uns und den fünf Sechsteln der Menschheit ermöglichen würde, die sich als schlecht wegkommen betrachten und geneigt sind, die westlichen Völker hierfür verantwortlich zu machen. Wir werden nicht mehr lange Gelegenheit haben, diesen Völkern freiheitliche Wege zu wirtschaftlichem Wachstum und sozialem Aufstieg als Alternative zu den totalitären Methoden des Kommunismus und des nationalistischen Neofaschismus zu zeigen. Nur durch einen offenen Weg der Integration können wir zur Lösung dieser Aufgabe beitragen. Die EWG würde sie erschweren, wenn nicht verunmöglichen.

Die in die Irre gehende kleineuropäische Integration ist nur *ein* Beispiel für das Nachhinken unserer gesellschaftlichen Denk- und Gestaltungsfähigkeit hinter der immer schnelleren wissenschaftlich-technischen Entwicklung. Die Suche nach *wahrhaft neuen* Wegen des Zusammenlebens, das damit verbundene Risiko und die Unbequemlichkeiten der Umstellung sind ein Teil des Preises, den wir für Dynamik und materiellen Fortschritt zahlen müssen. Es ist zu wünschen, daß diejenigen Länder, die sich noch nicht auf den Irrweg der kleineuropäischen Integration eingelassen haben, die Initiative und Entschlossenheit aufbringen, einen besseren Weg nicht nur vorzuschlagen, sondern auch beispielhaft einzuschlagen.